Humanistische Union

Ostdeutsche Anerkennungsprobleme

Es begann am 9. November

Wer über den sozialen Wandel in Ostdeutschland in den letzten Jahren sprechen will, ist gut beraten, mit dem 9. November 1989 zu beginnen. Dieser Tag bezeichnet den entscheidenden Einschnitt, der die Geschichte der DDR von dem Prozess ihrer Inkorporierung in das größere Deutschland trennt. Wenn ich mich an diesen Tag zurückerinnere, muss ich gestehen, dass ich das Ereignis dieses Tages genaugenommen verpasst habe: Am Abend des 9. November besuchte ich einen Vortrag in der Universität und ging anschließend, ohne noch einmal das Radio anzustellen, ins Bett. Als ich am nächsten Morgen die Nachrichten hörte, erfuhr ich, dass die SED-Führung die Grenze geöffnet und sich bereits Tausende von DDR-Bürgern auf den Weg in den Goldenen Westen gemacht hatten. Im Fernsehen sah ich, wie wildfremde Menschen sich umarmten und nicht fassen konnten, was geschehen war. Die Menschen tanzten auf der Mauer, öffneten Sektflaschen und prosteten sich zu. Vielen von ihnen liefen Tränen über die Wangen.

Ich war an diesem Morgen allein in meiner Wohnung, und mit dem Verlassen der Wohnung hatte sich auf einmal alles verändert. Ich schlug denselben Weg zur Universität ein, den ich auch sonst immer genommen hatte. Die Straßen boten das bekannte Bild. Die Häuser sahen so grau aus wie eh und je, die Straßenbahn quietschte in denselben Kurven, und dennoch war alles anders. Nun würden wir dazugehören; nun wären wir nicht mehr die armen Schwestern und Brüder im Osten, die man bemitleiden, die man ermuntern und denen man Pakete schicken musste. Nun wären wir nicht mehr ausgeschlossen von dem Leben, das man im Westen führte, von der glitzernden Welt des Konsums, von den Büchern, die es nur dort zu kaufen gab, den wissenschaftlichen Diskussionen an den Universitäten, den neuesten spanischen und französischen Filmen, den Zeitschriften und Zeitungen mit ihrer freien Meinungsäußerung. New York, Paris, Bielefeld, Mailand - all das stand uns jetzt offen. Selbst die wunderbaren Frauen, die jeder von uns schon in der Werbung gesehen hatte und die sich so elegant und natürlich bewegen konnten, dass einem ganz schwindelig wurde, waren nun nicht mehr unerreichbar. Ich gebe zu: Ich war stolz auf uns und dankbar. Damit hatte ich, ehrlich gesagt, nicht mehr gerechnet. Alles würde anders werden.

Und in der Tat, vieles in meinem Leben wurde anders. Auf einmal fing ich an, Artikel in Zeitschriften zu veröffentlichen, die ich früher kaum zu sehen bekommen hatte. Ich nahm an Konferenzen teil, die in Bonn, Bremen oder Frankfurt am Main stattfanden, hielt Vorträge vor westdeutschen Studenten, traf Wissenschaftler, deren Namen ich bislang nur aus der Literatur kannte. Ich diskutierte mit Kollegen in Princeton, Oxford und Tübingen. Natürlich war das alles ziemlich anstrengend. Schließlich musste man, wenn man einigermaßen mithalten wollte, sich erst einmal mit den westlichen Standards vertraut machen, Neues lernen und sich das Fach, das man gewählt hatte, ein zweites Mal erschließen. Daneben aber war es auch erforderlich, die eigene Stelle zu verteidigen, Evaluationen und Umstrukturierungen zu überstehen und die alltäglichen beruflichen Pflichten von der universitären Gremienarbeit bis zur Durchführung von Lehrveranstaltungen zu erfüllen. Außerdem musste man die Gelegenheit nutzen und ins Ausland gehen, Englisch lernen und internationale Standfestigkeit erlangen. Und natürlich musste man publizieren. Auch wenn das mehr oder weniger eine Überforderung darstellte und man sich als eingeschüchterter Ossi den Herausforderungen des neuen Lebens nicht immer gewachsen fühlte, war das alles doch in hohem Maße aufregend, interessant und wichtig. Mein berufliches Leben erfuhr eine völlige Veränderung. Endlich hatte ich das Gefühl, beruflich wirklich etwas erreichen zu können.

Erste Irritationen

Die erste Irritation setzte ein, als ich im Mai 1990 mit einem westdeutschen Kollegen durch die Straßen von Leipzig ging und dieser mir erklärte, das hier, - und dabei wies er auf die Mixtur von renovierungsbedürftigen Altbauten und hässlichen Neubauten - würde ich in zwei Jahren nicht mehr wiedererkennen: "Wenn erst einmal die D-Mark rollt; dann bleibt hier nichts mehr, wie es war." Seit Jahren verspürte ich das erste Mal das Bedürfnis, das verfallende Leipzig in Schutz zu nehmen und für seine Schönheit zu werben. Es war merkwürdig: Noch vor kurzem hatte ich selber den Verfall der Stadt beklagt und mich bei den gemeinsamen Spaziergängen durch Leipzig vor meinen westdeutschen Besuchern geschämt. Und nun wehrte ich mich dagegen, dass alles anders werden sollte. Dabei war es doch genau dies, was ich wollte: Ja, es sollte anders werden. Aber ich wollte es selber sagen. Ich wollte derjenige sein, der den Veränderungsbedarf definiert, aber nicht derjenige, den man von den erforderlichen Änderungen zu überzeugen hat.

Die nächste Irritation erlebte ich, als ich eine westdeutsche Familie, die ich schon vor 1989 kannte, in Braunschweig besuchte. Ich wurde gefragt, warum wir in der DDR denn alles so hätten verkommen lassen, die Straßen, die Häuser, die Gärten, ja selbst die Zäune vor den Gärten. Ich versuchte meinen Bekannten klarzumachen, dass es in einer Mangelwirtschaft nicht einfach sei, die Häuser zu erhalten. Aber warum wir denn nicht wenigstens die Türen und die Fenster gestrichen hätten. Farbe hätte es doch auch bei uns gegeben. Ich entgegnete, dass die Häuser zwar äußerlich in einem schlechten Zustand, die Wohnungen in den Häusern oft aber sehr gut eingerichtet waren. In der DDR habe man zwischen öffentlich und privat streng getrennt. Für das Nicht-Private habe sich keiner zuständig gefühlt. Es habe sich einfach nicht gelohnt, da zu investieren. Aber in der Tschechoslowakei seien die Straßen in einem viel besseren Zustand als bei uns; die hätten das doch auch hingekriegt, warum nicht wir?

Mit meinem ersten westdeutschen Verleger erlebte ich die nächste Irritation. Als wir bei einem unserer Gespräche im Frühsommer 1990 auf die Staatssicherheit zu sprechen kamen, erklärte er mir, da würde noch viel nach oben kommen. Wer weiß, wer nicht alles dazugehört habe. Was einer auch immer behaupte, man könne sich auf niemanden verlassen. Dann beschwerte sich ein wildfremder Mensch im Zug, der irgendwie mitbekommen hatte, wo ich herkam, darüber, dass es sich angesichts der allgemeinen Verrottung für ihn überhaupt nicht lohne, sein in der DDR befindliches Erbe - ein Mietshaus - anzutreten: "Da habt ihr euch ja was Schönes geleistet!" Als sich im Frühherbst 1990 abzeichnete, dass nicht die SPD die Bundestagswahl gewinnen, sondern Kohl wiedergewählt werden würde, erklärte mir eine Frau aus Frankfurt am Main in vorwurfsvollem Ton: "Das haben wir nur euch zu verdanken. Wir hätten den Wechsel zur SPD geschafft. Ihr bringt uns um all unsere Erfolge."

Mein anfänglicher Enthusiasmus hatte es schwer, sich angesichts von so viel Ablehnung, Geringschätzung und Kollektivhaftung zu behaupten. Skeptische Vorsicht und der zunehmende Wille zur Verleugnung meiner ostdeutschen Identität oder, wo dies nicht gelang, gerade umgekehrt zur Selbstverteidigung ergriffen mich. Immer häufiger war ich froh, wenn ich mich unter Ostdeutschen bewegte und nicht auf die Angriffe der Westdeutschen reagieren musste. Unter uns erzählten wir uns Witze über die Westdeutschen und bestätigten uns in unseren Erfahrungen, die jeder auf seine Weise mit ihnen, sei es im Betrieb, auf der Straße oder auch in der eigenen Verwandtschaft, gemacht hatte. Wir machten uns lustig über ihre Art, alles besser zu wissen, über ihr selbstinszenatorisches Auftreten und ihren abschätzigen Umgang mit uns Ostdeutschen und waren uns einig in unserer Verurteilung ihrer Arroganz.

Enttäuschte Hoffnungen

Die Geschichte der Kommunikation der Ostdeutschen mit ihren westdeutschen Landsleuten ist eine Geschichte enttäuschter Hoffnungen, eine Geschichte der Zurückweisung, des Aufrechnens und der Stigmatisierung. Die von drüben nahmen uns nicht auf als die verloren geglaubten Brüder und Schwestern, die doch eigentlich schon immer dazugehört hatten, die nur durch den Zufall ihrer Geburt auf die falsche Seite geraten waren und durch einen unerwarteten Glücksfall der Geschichte wieder zurückkehren durften und auf die daher jetzt besondere Rücksicht zu nehmen war. Wir wurden vielmehr zu Eindringlingen, denen man ihre Verfehlungen und ihre Inkompetenz, ihre Zurückgebliebenheit und Beschränktheit, ihre Trägheit

und Wettbewerbsunfähigkeit vorzuhalten hatte. Als ob wir um unsere fachliche Unterlegenheit und unsere moralischen Fehltritte nicht selbst genug und übergenug gewusst hätten! Das war es doch, was den Ostdeutschen fehlte: Selbstbewusstsein. Schon die Jahre unter Ulbricht und Honecker waren nicht dazu angetan, das Selbstwertgefühl der Ostdeutschen zu stärken. Nun wurden wir schon wieder in unserer Selbstachtung verletzt. So trat bei vielen Ostdeutschen Selbstrechtfertigung an die Stelle von ehrlichem Bekenntnis, Verdrängung an die Stelle von Vergangenheitsaufarbeitung, Verweigerung an die Stelle von Dialog, denn die Bedingung für die Bereitschaft, sich mit der eigenen, möglicherweise schuldhaften Vergangenheit wahrhaftig auseinander zu setzen, ist die Fähigkeit, über die Inhalte und Formen dieses Diskurses selbst zu bestimmen.[1]

In der Tat, die Euphorie hielt nur für einen Moment. Innerhalb kürzester Zeit sahen sich die Ostdeutschen in den westlichen Medien, im Kontakt mit westdeutschen Bekannten, ja im Kreis der eigenen Verwandtschaft mit einem Bild von sich konfrontiert, das sie mit ihrem Selbstbild nicht in Übereinstimmung zu bringen vermochten. Dieses Bild zeigte die Ostdeutschen nicht nur als naiv und zurückgeblieben - so sahen sie sich teilweise vielleicht selbst -, sondern auch als obrigkeitshörig, unmündig, unterindividualisiert, harmoniesüchtig, kollektiviert, innovationsschwach, inkompetent und faul. Selbst wenn sie auf sich selbst möglicherweise durchaus skeptisch blickten, so war es für sie doch unerträglich, von denen, deren Überlegenheit sie bereitwillig zu akzeptieren bereit waren, derart schlecht beurteilt zu werden. Zur materiell ungünstigeren Lage kam das Gefühl, nicht geachtet zu sein. Als dann die Zahl der Arbeitslosen stieg, in der DDR erworbene Berufsabschlüsse und Diplome nicht anerkannt wurden, mehr und mehr Westdeutsche in Führungspositionen einrückten und Ostdeutsche minderqualifizierte Arbeit anzunehmen hatten, stellte sich bei vielen der Eindruck ein, Bürger zweiter Klasse zu sein. Sowohl ihre materielle Schlechterstellung als auch ihre Stigmatisierung und Stereotypisierung in der westlich dominierten Öffentlichkeit brachte viele Menschen in Ostdeutschland dazu, sich als zurückgesetzt wahrzunehmen. Der Kampf um Anerkennung, den seither viele Ostdeutsche führen, resultiert aus diesem Gefühl der allgemeinen Benachteiligung und der Entwertung der Ostdeutschen und ihrer Herkunft.

Strategien im Kampf um Anerkennung

Dabei kann man diesen Kampf auf verschiedene Weise austragen. Viele antworteten auf die Erfahrung der Unterprivilegierung mit Überanpassung. Sie sind vor allem daran interessiert, zu zeigen, dass sie nicht obrigkeitshörig, innovationsschwach, faul und harmoniesüchtig sind, sondern fleißig, politisch mündig und streitbar. Sie wollen so sein, wie sie sich die Wessis vorstellen - erfolgreich und selbstbewusst - und ihre Vergangenheit so schnell wie möglich abstreifen. Im extremen Fall geht die Identifikation mit dem Westen so weit, dass sie anfangen, sich über die Unbeholfenheit und Trägheit der Ostdeutschen zu mokieren, und ihnen gegenüber genau diejenige Perspektive einnehmen, die sie von der westdeutschen Seite auf sich gerichtet sehen. Dann beginnen sie, den Ostdeutschen zu erklären, wie wenig sie von der Marktwirtschaft und Demokratie bislang begriffen hätten und wie viel sie noch lernen müssten. Ihre persönliche Geschichte erzählen sie als eine Geschichte der Befreiung von den beengten Verhältnissen in der DDR - eine Befreiung, die ihnen zur Findung ihres wahren Selbst verholfen habe, die aber eben manchen Ostdeutschen überfordere, da er die Unfreiheit gewohnt und daher der Freiheit nicht gewachsen sei.

Eine andere Möglichkeit, auf die Erfahrung der Demütigung und Benachteiligung zu reagieren, besteht im Rückzug aus der Politik. Politik und Öffentlichkeit, insbesondere die Massenmedien, die politischen Parteien sowie Staat und parlamentarische Arbeit werden als eine schmutzige Angelegenheit betrachtet, mit der man nichts zu tun haben möchte. Einmal habe man sich vielleicht auf politische Versprechungen eingelassen. Einmal habe man politischen Führern vertraut. Nie wieder - das ist die Parole. Der heutige Rechtsstaat und die Demokratie werden als genau so verderbt angesehen wie die ihrer ideologischen Hüllen entkleidete DDR. Allem, was von oben kommt, müsse man misstrauen. Der kleine Mann auf der Straße sei doch immer der Betrogene.

Nostalgie - die wirklichkeitsverzerrende Verklärung der DDR-Vergangenheit - ist eine dritte Möglichkeit des Reagierens auf die Entwertungs- und Ungleichheitserfahrungen nach 1989. Die allgemeine Verurteilung

der DDR-Vergangenheit wird hellwach zur Kenntnis genommen, aber nicht akzeptiert. "Es war nicht alles so schlecht in der DDR, wie es jetzt dargestellt wird" - das ist die Devise der Nostalgiker. Sie versuchen, zu ihrer Herkunft aus der DDR zu stehen und sie gegen ihre Desavouierung zu verteidigen. Je ferner das DDR-System rückt, desto schöner wird es und desto kritischer wird der Blick auf den Westen. Auch wenn wir Ossis sind, so können wir euch doch das Wasser reichen. Ihr seid vielleicht erfolgreicher, dafür sind wir solidarischer. Ihr seid vielleicht wettbewerbsfähiger, dafür sind wir friedliebender. Ihr seid vielleicht durchsetzungsfähiger, dafür sind wir improvisationsfreudiger usw. Die DDR-Nostalgie erreichte Mitte der 1990er Jahre ihren Höhepunkt, und sie war in dieser Zeit mit einer starken Reserve gegenüber dem westlichen System und gegenüber den Menschen in Westdeutschland verbunden. Außerdem ging sie einher mit einer Ausgrenzung der Westdeutschen. "Über das Leben in der DDR kann nur mitreden, wer selbst dort gelebt hat", so lautete das Motto (Der Spiegel Nr. 27/3. Juli 1995: 49). So wie man sich selbst ausgegrenzt fühlte, schottete man sich auch vom Westen ab. Die DDR-Nostalgie war nicht die Fortschreibung einer gewachsenen DDR-Identität, sondern eine Reaktion auf Probleme der sozialen Akzeptanz und ökonomischen Integration der Ostdeutschen im wiedervereinigten Deutschland. Die sogenannte DDR-Identität entstand überhaupt erst, nachdem die DDR untergegangen war (anders Engler 2002: 22). Es handelt sich um eine nachträgliche Identität, die von der Verklärung der Vergangenheit und aus der Abwehr ihrer Stigmatisierung lebt. Die DDR-Vergangenheit ist nicht tot. Sie ist ein höchst umstrittenes Gut. Lebendig aber ist sie nicht deshalb, weil die Menschen im Osten Deutschlands noch immer an der Vergangenheit kleben und sich gegenüber der Gegenwart verweigern, sondern deshalb, weil sie der Macht der Gegenwart ausgesetzt sind, in der das Leben in der DDR keinen sozial anerkannten Wert besitzt. Es ist der gegenwärtige Streit um die DDR, ihre öffentliche Verurteilung und ihre spiegelbildliche, vor allem privat vorgetragene Verteidigung, die die Vergangenheit am Leben hält.

Der Nostalgie eng verwandt ist die Empörung über die gegenwärtigen Zustände, das Jammern und Klagen über die gegenwärtig erlebbaren Ungerechtigkeiten und Zumutungen. Sie unterscheidet sich von der Nostalgie dadurch, dass es ihr nicht vorrangig um die Rettung der DDR geht, sondern um Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Fairness. Insofern aber stellt sie ebenso wie die Nostalgie eine Reaktion auf die erfahrene Abwertung und Schlechterstellung der Ostdeutschen im gesamtdeutschen Kontext dar. Viele der Ostdeutschen suchen regelrecht danach, beleidigt und herabgesetzt zu werden. Sie wollen gedemütigt werden, da ihnen dies einen allgemein anzuerkennenden Grund gibt, sich zu verteidigen. Je größer die Ungerechtigkeit, desto stärker die Legitimation, sich zu empören. Die erfahrene und in ihrer Gefühlsqualität hier auch gar nicht in Abrede zu stellende Demütigung ist nämlich schwer zu greifen. So richtig schlecht geht es den meisten ja nicht; und schreiende Ungerechtigkeiten lassen sich auch kaum nachweisen. Da braucht man Gelegenheiten, um sich Genugtuung verschaffen zu können. Die Opferrolle ist ein geeignetes Instrument, um mit guten Gründen klagen und anklagen zu können. Und man kann auf Berücksichtigung hoffen, denn wer will schon einen Beleidigten nochmals zurücksetzen? Das Jammern und Klagen der Ostdeutschen erweist sich insofern nicht nur als ein Ausdruck ihrer Deprivilegierung, sondern auch als eine geschickte Strategie, die eigenen nicht beachteten Interessen einzubringen und durchzusetzen. Sie ist eine Form der Sprachfindung, der partiellen Überwindung erfahrener Ohnmacht, der Gemeinschaftsbildung und wechselseitigen Bestärkung sowie ein Mittel der Erpressung. Man zeigt die Ungerechtigkeiten in der Verteilung des nationalen Reichtums zwischen Ost und West auf und fordert Umverteilung ein. So wie man sich selbst nicht anerkannt fühlt, ist man auch nicht bereit, das westliche System und seine Leistungen anzuerkennen. Es wird als ineffektiv und menschenunwürdig, als bürokratisch und erstarrt, vor allem aber als ungerecht und unsozial charakterisiert. Man führt Klage über die hohe Zahl der Arbeitslosen, über die steigende Kriminalität, über die Reformunfähigkeit der Bundesregierung, über die Beteiligung Deutschlands an Militäreinsätzen der NATO sowie am Konsumismus des westlichen Lebensstils. Man möchte Schlechtes an der politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Ordnung des Westens finden, denn man sieht sich selber schlecht bewertet. Die Unzufriedenheit mit der Markwirtschaft, dem Rechtsstaat und der Demokratie ist insofern auch eine Form der Kompensation für die erfahrene Abwertung und Zurücksetzung (vgl. Pollack 1997: 10).

Der Ostdeutsche — ein Produkt der gescheiterten Integration

Sollte diese Beschreibung etwas Richtiges treffen, dann wäre das Aufkommen des nörgelnden, sich verweigernden, sich beschwerenden und empörenden Ossis nicht so sehr das Produkt einer in der DDR durchlaufenen Sozialisation, die es dem Ostdeutschen erschwert, sich dem Westen zu öffnen. Vielmehr erscheint er als Produkt der weitgehend misslungenen Integration der Ostdeutschen in das wiedervereinigte Deutschland. Hinter der Unzufriedenheit der Ostdeutschen, ihrer Kritik am Westen und ihrer Distanz gegenüber dem westlichen Institutionensystem und ihren Vertretern stände dann weniger das weiterwirkende Erbe des obrigkeitlichen und paternalistischen Staatssystems der DDR als die Erfahrung der Abwertung und Schlechterstellung der Ostdeutschen im wiedervereinigten Deutschland. In gewisser Weise ist der trotzig seine Identität behauptende Ossi das Ergebnis des Blicks der Westdeutschen auf die Ostdeutschen und der Umwertung der ihm zugeschriebenen Merkmale.

Tatsächlich haben sich die als typisch ostdeutsch angesehenen Einstellungen erst im Laufe der Zeit herausgebildet. Unmittelbar nach dem Umbruch war die Zufriedenheit der Ostdeutschen mit der Demokratie oder der Marktwirtschaft weitaus höher als nur wenige Jahre danach (Noelle-Neumann/Köcher 1997: 670). Ebenso haben sich auch die Akzeptanz von leistungsbedingten sozialen Unterschieden, von individueller Eigenverantwortlichkeit und persönlicher Leistungsbereitschaft erst im Laufe der Zeit negativ entwickelt (vgl. IPOS 1990-1995). Das DDR-System wurde im Vergleich zu Westdeutschland 1990 noch weitaus schlechter eingeschätzt als zum Beispiel Mitte der 1990er Jahre. Und die Fixierung auf den Staat und die Erwartungen an ihn haben sich auch erst im Laufe der Jahre erhöht. In diesen als charakteristisch für die Ostdeutschen angesehenen Einstellungen und Orientierungen drückt sich in erster Linie nicht ein Fortwirken in der DDR erfahrener Prägungen aus, sondern eine Reaktion auf im wiedervereinigten Deutschland gemachte Erfahrungen. Zur DDR will kaum einer zurück. Wohl aber dient die DDR so manchem als Symbol der Identitätskonstruktion und der Selbstverteidigung.

Dass es so kam, hätte man wissen können, denn asymmetrische Sozialverhältnisse tendieren zur Umkehrung der in ihnen installierten Machtungleichgewichte. Gerade dort, wo Macht sich als überlegen inszeniert, wo sie Deutungshoheit beansprucht und Entscheidungen an sich reißt, provoziert sie Verweigerung, Rückzug, Abwehr, ja Protest. Macht ist eine soziale Relation, in der die eine Seite trotz ihrer komfortablen Ausstattung mit Ressourcen und Befugnissen auf die Anerkennung der anderen angewiesen bleibt. In modernen Gesellschaften gibt es keinen Ausstieg aus der Reziprozität der Sozialverhältnisse. Weder Autorität noch Geld, weder Rhetorik noch Wahrheit lösen sie auf. Die Zulassung asymmetrischer sozialer Beziehungen musste daher früher oder später zwangsläufig zur Einklagung von Symmetrie und zur Selbstbehauptung des Entwerteten führen. Das heißt natürlich nicht, dass es notwendig zu Veränderungen, wohl aber, dass es unvermeidlich zu Konflikten kommt.

Die Relativierung funktionaler Eindeutigkeiten

Auch wenn die hier angestellten Überlegungen hie und da überzeugen sollten, ist ihnen gegenüber Skepsis geboten - vor allem deshalb, weil die verfolgte Argumentationslinie so schön aufgeht, irgendwie zu glatt ist und die Dinge zu sehr auf den Punkt zu bringen versucht. Das Problem dieser Art des Argumentierens besteht darin, dass es sich um eine funktionale Analyse handelt, die alle Phänomene auf ein einziges Bezugsproblem bezieht - auf das Problem der Schlechterstellung und Abwertung der Ostdeutschen - und daraus alle relevanten Verhaltensweisen der Ostdeutschen zu erklären versucht: die Überanpassung, den Rückzug, die Nostalgie, die Empörung sowie das Klagen und Jammern. Gegenüber einer solchen funktionalistischen Perspektive müssen jedoch zumindest drei Differenzierungen angebracht werden.

Erstens lässt sich neben dem herausgestellten Gleichberechtigungs- und Anerkennungsproblem eine Vielzahl weiterer Bezugsprobleme denken, die das Handeln der Ostdeutschen vielleicht ebenso oder noch stärker bestimmen. Zu nennen wären hier etwa Probleme des beruflichen Aufstiegs oder der Ausbildung, Probleme in den Beziehungen mit Nachbarschaft und Freunden, Familienprobleme, Probleme der Kindererziehung oder Möglichkeiten des Reisens, des Konsums, der Erlebnissteigerung und der Selbstverwirklichung usw. Das Anerkennungsproblem ist nur eines unter vielen, und welchen Stellenwert es

im Leben der Ostdeutschen hat, dürfte von Fall zu Fall variieren.

Zweitens bedarf das in der funktionalen Analyse ausfindig gemachte Bezugsproblem vielleicht gar nicht der Lösung. Es mag durchaus richtig sein, dass viele Ostdeutsche sich als Bürger zweiter Klasse definieren, sich nicht gleichberechtigt und anerkannt fühlen und der Meinung sind, dass es ihnen schlechter als den Westdeutschen geht. Aber daraus folgt nichts. Weder werden die meisten Ostdeutschen zu Nostalgikern noch ziehen sie sich in die Schmollecke zurück, weder empören sie sich noch versuchen sie, die besseren Wessis zu sein. Auch wenn die Menschen in Ostdeutschland vielleicht ein Anerkennungs- und Gleichberechtigungsproblem haben, streben sie nicht nach seiner Lösung. Die Sozialwissenschaften begehen den Fehler, einen zu hohen Bedarf an Konsistenz in der individuellen Lebensführung vorauszusetzen. Die Menschen können auch mit ungelösten Problemen leben. Die Tatsache, dass es ihnen materiell nicht schlecht geht, wie auch die, dass es zum Leben in der westlichen Gesellschaft ohnehin keine ernsthafte Alternative gibt, dürfte ihnen dabei helfen, sich in den gegenwärtigen Verhältnissen einzurichten. In der Tat erwecken die neuesten Berichte und Umfragedaten den Eindruck, als seien die Ostdeutschen in der Bundesrepublik angekommen. Die Zufriedenheit der Ostdeutschen mit der Demokratie hat sich erhöht (Allbus 2000). Das Vertrauen in die politischen Institutionen ist gestiegen (Priller 1999: 16; Statistisches Bundesamt 2000: 433). Mehr als die Hälfte der Ostdeutschen sagt, dass es ihnen heute besser geht als vor 1989 (INRA 2000). Nur 15 Prozent bevorzugen die DDR vor der BRD. Auch wenn die meisten Ostdeutschen kaum die Hoffnung haben, dass die wirtschaftlichen Probleme Ostdeutschlands demnächst gelöst werden, auch wenn sie nach wie vor zwischen Ost und West keine Gleichberechtigung sehen, auch wenn sie der Meinung sind, die Ostdeutschen würden als Bürger zweiter Klasse behandelt, denken sie, dass es sich in der Bundesrepublik ganz gut leben lässt, akzeptieren sie die bundesrepublikanische Ordnung und wollen kein anderes politisches oder wirtschaftliches System als das gegenwärtige (vgl. ebd. sowie Emnid 1998). Die Ostdeutschen werden auf Jahre und Jahrzehnte schlechter gestellt sein als die Westdeutschen - das denkt die Mehrheit der Ostdeutschen, aber sie hat sich damit abgefunden. Euphorie gibt es im Osten Deutschlands natürlich nicht, inzwischen aber ein beachtliches Maß an Gelassenheit und Loyalität.

Drittens tendiert die funktionale Analyse dazu, zu unterstellen, dass die Menschen ganz unterschiedliche Möglichkeiten besäßen, auf das ausgemachte Bezugsproblem zu reagieren. Ob sie sich zurückziehen oder protestieren, ob sie sich beklagen oder anpassen, ob sie der schönen alten Zeit nachtrauern oder ihre Unzufriedenheit instrumentell zur Durchsetzung ihrer Interessen benutzen - all diese Möglichkeiten werden von dieser Analyse als funktional gleichwertige Alternativen behandelt, zwischen denen der Einzelne zu wählen vermag. Das Individuum wird damit als rationaler Akteur aufgefasst, der strategisch entscheidet, welche Handlungsalternative ihm am meisten nützt und die geringsten Kosten verursacht. Wenn er sich verweigert oder empört oder jammert und sich nicht anpasst, so wird er dafür seine rationalen Gründe haben. Diese Perspektive, die den Osttrotz des Einzelnen nicht einfach als irrational abtut, hat viel für sich, denn sie verzichtet darauf, eine opake Größe, etwa das kulturelles Erbe des Staatssozialismus oder die ostdeutsche Mentalität oder Identität der ehemaligen DDR-Bürger, einzuführen, um alles abweichende Verhalten der Ostdeutschen darauf zurückzuführen. Gewöhnlich nämlich werden Verhaltensweisen und Einstellung der Ostdeutschen, die unverständlich erscheinen oder auch nur dem westlichen Muster nicht entsprechen, auf das Weiterwirken der in der DDR-Zeit angeeigneten kulturellen Bestände zurückgeführt. Um Kultur handelt es sich, wenn etwas rational nicht erklärt werden kann. Demgegenüber erlaubt die funktionale oder utilitaristische Perspektive, auch auf den ersten Blick unverständliche Einstellungen und Verhaltensweisen noch auf ihre rationalen Gründe hin zu befragen.

Die Normalität des kognitiven Grabens zwischen Ost und West

Dennoch muss überprüft werden, ob das menschliche Handeln nicht weitaus stärker durch frühere Prägungen restringiert ist, als das die funktionalistische oder rationalistische Analyse zulassen will. Natürlich ist es ein Gewinn an analytischer Genauigkeit, wenn nicht überall dort, wo Ost- und Westdeutsche nicht übereinstimmen, die DDR-Vergangenheit bemüht wird, um die Differenzen zu erklären. Aber auch wenn man die Eigenlogik des Handelns rationaler Akteure ernst nimmt, muss man doch damit rechnen, dass sich frühere Prägungen als persistent erweisen und auch heutige Verhaltens- und Einstellungsmuster noch

bestimmen. Worin diese Prägungen bestehen, dies wird genau zu prüfen sein. Funktionale und rationale Analysen vermeiden jedenfalls eindimensionale Erklärungen, wie sie immer wieder von kulturalistischen Ansätzen, etwa auch von der politischen Kulturforschung, vorgelegt werden. Aber sie stehen selbst in der Gefahr, ein zu hohes Maß an Eindeutigkeit in ihren Erklärungen hervorzubringen, wenn sie versuchen, Handeln als ausschließlich interessenbestimmt oder ausschließlich als Problemlösungsverhalten zu interpretieren. Insofern ist es dann doch erforderlich, auf kulturelle Prägungen einzugehen, sofern sie denn stets zu situativen Gelegenheitsstrukturen sowie zu individuellen Interessenkalkülen ins Verhältnis gesetzt werden. Dies ist kein Plädoyer für einen reinen, sondern für einen gemäßigten Konstruktivismus, denn auch soziale Konstruktionen müssen, wenn sie wirksam sein wollen, an Traditionen und kulturelle Bestände anschließen und auf ihnen aufbauen.

Die wirksamen Traditionslinien, die aus der Vergangenheit in die Gegenwart führen, müssen also sorgfältig herausgearbeitet werden und auf gegenwärtige Interessenkonflikte und Situationserfordernisse bezogen werden. Die oftmals unterschätzte DDR-Forschung und die Transformationsforschung haben hier vieles bereits geleistet. In der Öffentlichkeit allerdings sind die Ergebnisse dieser Forschungen bislang nur teilweise angekommen. Dort gilt der Ostdeutsche, sofern man sich für ihn überhaupt interessiert, noch immer als das kaum verständliche, schwierige Wesen, dem man sich nur mit Kopfschütteln nähern kann: "Der Ossi - das unbekannte Wesen" titelte beispielsweise der *Stern* im vergangenen Jahr (*Stern* Nr. 18/25. April 2002). Die Ostdeutschen hingegen nehmen das Unverständnis, das man ihnen entgegenbringt, inzwischen gelassen. Sie rechnen nicht mehr damit, dass es zwischen Ost und West zu einer wirklichen Verständigung kommt und dass sie einen gleichberechtigten Platz in der deutschen Vereinigungsgesellschaft einnehmen. Die Hoffnungen, die sie einst in die Wiedervereinigung setzten, sind vergangen. Mit ihnen aber auch die Frustration über die misslingende Kommunikation mit den Menschen aus dem andern Teil Deutschlands. Der kognitive Graben, der Ost und West nach wie vor trennt, ist zur Normaljtät geworden. Wenige nehmen ihn noch wahr, jedenfalls leidet kaum noch einer unter ihm. Man ist angekommen in der westdeutschen Gegenwart und hat genug anderes zu tun, als sich noch um seine ostdeutschen Empfindlichkeiten zu kümmern.

1 So hat die Kollektivschuldthese der Alliierten auch schon nach dem Zweiten Weltkrieg die Bereitschaft der Deutschen, sich ihrer Verantwortung und Schuld im Dritten Reich zu stellen, nachdrücklich beeinträchtigt (Vgl. Greschat 2002: 174ff.).

Literatur

Allbus 2000: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus)

Emnid 1998: Sozialer und kultureller Wandel in Ost- und Westdeutschland. Eine Befragung, durchgeführt im Auftrag des Lehrstuhls für vergleichende Kultursoziologie an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, Bielefeld

Engler, Wolfgang 2002: Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin

Greschat, Martin 2002: Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945: Weichenstellungen in der Nachkriegszeit, Stuttgart

INRA 2000: Political Culture in Central and Eastern Europe. Befragung in elf ausgewählten mittelosteuropäischen Ländern, durchgeführt im Auftrag des Lehrstuhls für vergleichende Kultursoziologie an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, Frankfurt/Oder

IPOS 1990-1995: Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik. Studie des IPOS-Instituts, Mannheim

Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate (Hg.) 1997: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 19931997,

München

Pollack, Detlef 1997: Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung: Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 13/1997, S. 3-12

Priller, Eckhard 1999: Demokratieentwicklung und gesellschaftlioche Mitwirkung in Ostdeutschland: Kontinuitäten und Veränderungen. Arbeitspapier des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung F III 99-410, Oktober

Statistisches Bundesamt (Hg.) 2000: Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn

---

https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-161/publikation/ostdeutsche-anerkennungsprobleme/
Abgerufen am: 18.11.2026